

Ortsbeiräte: Reine Debattierkreise?

Die Gremien sollen die Demokratie bereichern, doch ihre Einflussmöglichkeiten sind gering. Der Gesetzgeber sollte die Kompetenzen erweitern

Autor Holger Albers

Sie heißen in jedem Bundesland etwas anders, haben aber im Kern eine ähnliche Funktion: die Ortsbei- und Ortsräte, die Ortsausschüsse oder Ortsteilvertretungen. Sie bilden auf der lokalen Ebene die Urzelle parlamentarischer Demokratie. Wie sieht es aber mit den realen Gestaltungsmöglichkeiten aus?

„Die Ortsbeiräte erfüllen gerade in einer Großstadt ganz wichtige Funktionen,“ betont Thomas Scheben, Pressesprecher der Stadt Frankfurt am Main. Schließlich liege zwischen der Verwaltung und dem einzelnen Bürger hier eine viel größere Distanz – im wörtlichen wie im übertragenen Sinn – als etwa bei einer Landgemeinde. Die Mitglieder der Ortsbeiräte seien in der Regel sehr gut vernetzt in ihrem Stadtteil und bekämen so viel eher mit, wo lokale Ärgernisse seien.

Sprachrohr der Bevölkerung

Sie sind einerseits Auge und Ohr für die übergeordneten städtischen Gremien und sollen andererseits auch das Sprachrohr der Bevölkerung sein. In dieser Hinsicht aber ist schon formal eine gewisse Taubheit zu erwarten. „Die Ortsbeiräte haben Entscheidungs-, Anhörungs- und Informationsrechte“, fasst Ingo Happel-Emrich, Sprecher der Stadt Kassel, zusammen, „die Empfehlungen werden im Entscheidungsprozess gewürdigt.“ Echter Einfluss hört sich anders an. Schuld daran sind sicher auch die feh-



Ortsbeiräte – nur Zierde? Die Budgets reichen oft nur für Blumenkästen. Foto: Can Stock Photo Inc. / voltan

lenden finanziellen Mittel. In aller Regel haben die Ortsbeiräte kleine Budgets, die mit Glück für eine Spielplatzsanierung reichen und sonst bereits „mit dem Aufstellen von ein paar Blumenkästen“ erschöpft sind, wie Thomas Scheben meint.

Ortsbeiräte gibt es vielfach schon seit den 1970er Jahren. In Brandenburg wurden sie erst 2003 geschaffen, um die Demokratie näher an die Bürger heranzutragen. Das scheint nach einer 2011 veröffentlichten Studie der Uni Potsdam nur bedingt gelungen: „Im Ergebnis zeigt sich, dass die Ortsbeiräte und -bürgermeister zwar nur äußerst spärlich mit institutionellen Rechten ausgestattet sind, ihre Funktion für die lokale Demokratie aber vor allem durch informelle Einflussnahme erfüllen können.“ Es läuft also, wenn die ‚richtigen‘ Leute mit den ‚richtigen‘ Verbindungen an den Schalthebeln der Macht

sitzen. Demokratie sieht anders aus.

Generell sei das Instrument der Ortsbeiräte durchaus sinnvoll, bestätigt Professor Wolfgang Lorig, Politikwissenschaftler der Uni Trier. Allerdings: „Gemessen an den Zielsetzungen ist die Praxis der Ortsbeiräte als hochgradig defizitär zu bezeichnen.“ Eine Untersuchung in Trier habe ergeben, dass rund 84 Prozent der Ortsbeiratsmitglieder dort sowohl das bürgerschaftliche Interesse für ihre Arbeit als auch die Mitwirkungsmöglichkeiten an Kommunalpolitik als gering einschätzen.

Lorig fordert Reformen

Soll der Ortsbeirat mehr sein als ein politisches Feigenblatt, dann müssen seine Kompetenzen gestärkt werden, ist Lorig überzeugt. Er sieht den Gesetzgeber in der Pflicht, da „Stadträte wenig Interesse haben, die Kompetenzen der Ortsbeiräte qua Satzung auszuweiten.“ Alternativ dazu schlägt er „einen reformerischen Big Bang“ vor: Die Ortsbeiräte werden aufgelöst, diskutiert wird in themenspezifisch zusammengesetzten Ortsteilforen, die auch ein Veto-recht für sie direkt betreffende Entscheidungen bekommen. Und Lorig sieht zumindest bei kostenintensiven Projekten die Notwendigkeit verbindlicher Bürgerentscheide. Das dürfte den politischen Entscheidungsträgern dann aber doch wohl zu viel Basisdemokratie sein.